

Kurzfristig zufrieden, weil

- **endlich interfraktionelle Aufbereitung der Haushaltsanträge**

(Für Initiative/Koordination Dank an SPD und CDU, aber eigentlich an Die Linke, weil sie durch die Auflösung der Koalition die Bereitschaft zu interfraktionellen Gesprächen/Abstimmungen forciert hat)

Dies war zu Beginn etwas ruckelig, denn sonst hätten wir abgewartet und unsere Fraktionsanträge (=> www.fw-uds.de/hafi/haushalt-2025/) nicht punktgenau zum Abgabetermin 17.4.25 eingereicht. Diese sind jetzt in die gemeinsamen Anträge integriert, zurückgezogen oder werden jetzt ergänzend eingebracht.

- **keine Steuererhöhungen als oberste Zielsetzung**

Argumente entsprechen unseren Anträgen

- **Grundsteuer:** 20 Prozent on top auf die bis zu + 500% durch Grundsteuerreform sind gedankenlos. Es sind eben nicht nur die „Reichen“, die betroffen sind und es sich leisten können. Es sind v.a. auch viele ältere Einwohner/Rentner im Stadtkern und dort auch viele Gewerbebetriebe (=> www.fw-ds.de/hafi/grundsteuer/)
- **Gewerbesteuer:** Doppelte Belastung zusätzlich zur Grundsteuer, über kritischen Wert von 400 Punkten (Fortfall der Anrechnung auf Einkommenssteuer)

Zur Schließung der dadurch entstehenden Lücke:

- **Ergebnis- und v.a. ausgabenrelevante Entscheidungen schieben.** Da wäre notfalls noch mehr möglich.
- **Entnahme aus dem Sondervermögen.** Einmalig 1 Mio. Euro.

- **Gewinnausschüttung SWD um 2 Mio. Euro erhöhen.** Bei einem Kassenbestand von über 6 Mio. Euro Ende 2023 und prognostizierten Überschuss von 5,6 Mio. Euro im letzten Jahr gilt unsere Forderung, solange aktuelle Informationen und die Entscheidungen des Aufsichtsrates der SWD nicht transparent gemacht werden.
- **Freiwillige Leistungen um 10% reduzieren.** Zu verstehen als Signal an alle Betroffenen/Begünstigten. Bei allem Verständnis für die finanziellen Belastungen der Vereine muss offensichtlich auf die Grenzen der städtischen Förderung deutlicher als bisher aufmerksam gemacht werden. Nach HH-Abschluss sind die Regeln für Handhabung der freiwilligen Leistungen neu festzulegen und zu beschließen. (zurückgezogen)

Längerfristig unzufrieden, weil aktuelle Haushaltserstellung nicht zukunftsfähig.

- **Haushalt auf Kante genäht.** Trotz teils sehr optimistischer Ansätze negativer Ergebnishaushalt. Chancen bei Grundsteuer (fehlende Bemessungsgrundlagen vom Finanzamt für neu zu bewertende Objekte) wiegen Risiken bei Gewerbesteuer (aktuell geringere Steuervorauszahlungen) nicht auf.
- **Erwartungen für HH 2026 eher negativ einzuschätzen.** Schwache Konjunktur, Kreisumlagen, weitere Aufgaben von Bund/Land ohne Einhaltung Konnexitätsprinzip.
- **Finanzhaushalt kritisch.** Wenn unverhofft hohe Liquiditätskredite (SBD) genehmigt werden müssen und von drohender Zahlungsunfähigkeit („Pleite“) gesprochen wird, dann ist das **Alarmstufe ROT.**
- **hohes Investitionsvolumen.** Geplante Projekte bis 2029 mit 85 Mio. Euro überschreiten unsere finanziellen Möglichkeiten. Eigenfinanzierung über Abschreibungen liegt bei weniger als 20%!
- **Sparmodus im Wahljahr** ist große Herausforderung.

Ansatz für die Zukunft:

Interfraktionelle Arbeit bitte fortsetzen (trotz Kommunalwahlen)

Bei Pflichtleistungen bitte keine Goldrandlösungen

Und vor allem:

Denken im Konzern

Haushaltentwurf sieht dies eindeutig vor, allerdings sind wir spätestens nach Diskussion über Personal-Tableau so erschöpft, dass wir für die Gesellschaften ab **Seite 717** kaum, meistens überhaupt keine Zeit/Lust zu weiterer (intensiver) Diskussion haben.

Das individuelle Knowhow von Mitgliedern der Aufsichtsorgane von SWD, SBD, Wohnungsgesellschaft wirkt konterproduktiv, zumal Wissen aufgrund gesetzlicher Normen – wenn überhaupt - nur hinter vorgehaltener Hand weitergereicht wird.

Auch wenn es einige nervt: **Es ist dringend angeraten, endlich die Empfehlungen des Akteneinsichtsausschusses vom Februar 2021 umzusetzen.**

Antrag von unserer Fraktion „im Rohr“: Eine integrierte Finanzplanung, die mit Monitoring und Vorausschau die finanziellen Risiken für alle Stadtverordneten transparent macht.

Zum Schluss ein Zitat:

Hier wünschen wir uns eine Landesregierung, die uns unterstützt. Die Grundlage einer guten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen ist eine offene und konstruktive Kommunikation. (Schreiben der OF-Bürgermeister an den Hess. Finanzminister mit Bezug auf die Grundsteuerreform)

Das gilt haargenau auch für unser Verhältnis zum Magistrat!